

Das Anliegen der Behebung des Priestermangels mag noch einmal unterstrichen werden durch den Bericht, den uns ein brasilianischer Bischof gab: „Öfter gibt es“, so schreibt er, „nur einen Priester für Pfarreien von 25 000 bis zu 60 000 Seelen bei einer Ausdehnung, die von 500 bis zu 20 000 qkm geht. Wie soll ein Priester so viele Seelen betreuen? Wollten 25 000 Menschen auch nur einmal im Jahr beichten, so müßte der Priester jeden Tag fünf bis sechs Stunden Beichte hören.“

2. Das Geld soll weiter verwandt werden für die Förderung und Heranbildung von Katecheten und Laienaposteln.

Damit der Glaube allenthalben und wirksam verkündet wird, ist die tatkräftige und schnelle Hilfe der Laien dringend nötig. Das oft völlig unwissende Volk ist überaus begierig, seinen Glauben kennenzulernen. So hatte eine Katechetin in einem wenig betreuten Ort die Getauften zur Erwachsenenkatechese versammelt. Schließlich glaubt sie, die Leute seien ermüdet, und sie will sie entlassen. Da steht ein Mann auf und sagt: „Entlasse diejenigen, die zur Arbeit heim müssen. Wir anderen möchten noch länger bleiben, denn noch niemand hat uns so interessant über die heilige Religion gesprochen.“

Ebenso notwendig wie Katecheten sind Laienapostel, die unter den Gebildeten, den Arbeitern und Bauern als christlicher Sauerteig wirken. Die Bolschewisten machen große Anstrengungen, um eine kommunistische Elite zu gewinnen, zu formen und zum Einsatz zu bringen. Man scheut keine Kosten. So wurde kürzlich einem Führer der Katholischen Arbeiterjugend in Chile eine Freistelle zum Studium in Moskau angeboten mit einem Monatsgehalt, welches dreimal so hoch war wie das, was er in Chile verdiente. Darum gilt es, Mittel zu beschaffen, um christliche Laienapostel zu schulen und ihre Tätigkeit finanziell zu unterstützen.

3. Das Geld soll schließlich verwandt werden zur Unterhaltung der Schulen.

Die Krise des Glaubens wie der Mangel an Priestern und apostolisch wirkenden Laien haben nicht zuletzt ihren Grund darin, daß es an Volksschulen fehlt. Wertvolle Berufungen gehen verloren, weil viele nicht die notwendige Grundausbildung erhalten. Die meisten Getauften erfahren über ihren Glauben nur etwas in der Grundschule. Dort formen katholische Lehrer sie zu wahren Christen. Kürzlich stellte man an einem Ort fest, daß 200 Kinder im Alter von 7—14 Jahren noch keinerlei Unterricht bekommen hatten. Von diesen Kindern konnte man nur 70 zum Unterricht annehmen, und man mußte sie dann in einem langen, schmalen Hausflur, der das Klassenzimmer abgab, unterrichten.

Ein Vorschlag zur Unterstützung lateinamerikanischer Seminaristen

Die drei eben genannten Anliegen, für die eure Spende zur bevorstehenden Weihnacht verwendet werden soll, sind von großer Wichtigkeit. Aber wir möchten euch noch auf eine weitere Möglichkeit der Hilfe aufmerksam machen. Es gibt nicht wenige junge Männer in den Ländern Lateinamerikas, die deshalb nicht zum Priestertum kommen, weil es ihnen an den finanziellen Mitteln für die Ausbildung fehlt. Das Studium der Theologie dauert dort — wie bei uns — sechs Jahre. Die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Ausbildung in den Seminarien belaufen sich pro Jahr auf etwa 600 DM oder monatlich auf 50 DM, für uns kein sehr großer Betrag, für viele dort drüben aber eine unerschwingliche Summe. Wie hilfreich wäre es, wenn einzelne Personen, Familien, Gruppen oder Gemeinden die Kosten für die Ausbildung eines einzelnen Seminaristen in Lateinamerika übernehmen! Wer dazu bereit ist, kann genauere Auskunft im Pfarrhaus erhalten. Viele Gläubige haben es sich bisher schon zur Ehre angerechnet, die Kosten für die Ausbildung eines Priesters in der Heimat oder in der Mission zu bestreiten. In einer unserer deutschen Diözesen haben die Gläubigen für etwa 1000 Priester eine solche Verpflichtung übernommen. Wenn man diesem Beispiel in allen Bistümern folgte, wären die lateinamerikanischen Bischöfe von einer ihrer drückendsten Sorgen befreit. Können wir es verantworten, daß Priesterberufe für den priesterärmsten Kontinent verlorengehen, weil wir nicht großzügig genug sind, die Kosten für ihre Ausbildung zu übernehmen?

Die deutschen Bischöfe sind zur Zeit mit den Bischöfen aus Lateinamerika auf dem Konzil in Rom versammelt. Sie werden gemeinsam über viele Fragen und Anliegen beraten. Sie werden auch ihre gegenseitigen Sorgen austauschen. Wie viele Bitten um Hilfe für Lateinamerika werden uns wieder vorgetragen werden! Wie sehr empfinden wir alle den aufrichtigen Wunsch, unseren bischöflichen Brüdern in Lateinamerika zu helfen. Wollt ihr uns die Möglichkeit dazu geben?

Es ist Advent! Der Herr ist nahe! Möge der Herr auch den Völkern Lateinamerikas nahe sein und nahe bleiben! Mögen wir alle ihnen nahe genug sein durch unsere Liebe! Dann mag man weiter sagen: „Die Entfernungen töten.“ Man wird aber auch spüren, daß die Liebe die Entfernungen überbrückt. Wie trostvoll wäre es, wenn man auch auf die deutschen Katholiken jenes Wort anwenden könnte, was von den ersten Christen gesagt wurde: Seht, wie sie einander lieben! (Tertullian, Apologetikum, Kap. 39).

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Das Europa der Personen und Völker

Die 49. Soziale Woche der Katholiken Frankreichs in Straßburg

Die 49. Soziale Woche der Katholiken Frankreichs fand vom 17. bis 22. Juli 1962 in Straßburg statt. Ihr Thema lautete „Das Europa der Personen und Völker“ (L'Europe des personnes et des peuples). Es war die zweite Soziale Woche in Straßburg seit Kriegsende — die Soziale Woche 1946 mit dem Thema „Die nationale Gemeinschaft“ (La

communauté nationale) hatte ebendort stattgefunden — und die erste, die sich ausdrücklich und ausschließlich mit dem Thema „Europa“ befaßte. Daß angesichts dieses Themas die Wahl auf Straßburg fiel, war eigentlich selbstverständlich. Da Thema und Tagungsort bereits seit einem Jahr feststanden, so bestand keine direkte Beziehung zwischen der Sozialen Woche und den gegenwärtigen Spannungen zwischen den einzelnen Ländern über den künftigen politischen Aufbau Europas. Der Präsident hatte in seinem Einleitungsreferat ausdrücklich

davor gewarnt, einen solchen Zusammenhang zu sehen oder zu vermuten, eine Warnung, die sich eigentlich erübrigte, denn bereits die ersten Vorlesungen zeigten zur Genüge, trotz einiger halbblauer Hinweise auf das Europa de Gaulles, daß die Akzentsetzung der Sozialen Woche von Straßburg eine ganz andere war.

Die wissenschaftliche Planung und Vorbereitung besorgte nun schon zum dritten Male der neue und noch junge Präsident der Sozialen Wochen der Katholiken Frankreichs, Alain Barrère, Professor an der sozialwissenschaftlichen Fakultät Paris, der dabei vom Vizepräsidenten und eigentlichen „animateur“ der Sozialen Wochen, dem bekannten Publizisten und Essayisten Joseph Folliet, Lyon, tatkräftig assistiert wurde. Wie unter seinem Vorgänger Charles Flory, dem Schwiegersohn M. Blondels, ist auch unter dem gegenwärtigen Präsidenten der Zug zur gedanklich-systematischen Vertiefung und zum Ausgleich zwischen den verschiedenen auseinanderstrebenden geistigen Strömungen innerhalb der französischen Katholiken zu spüren. Der Weitsicht der Veranstalter ist es wohl auch zu danken, daß die Sozialen Wochen ihren Charakter als repräsentative Veranstaltung des sozial orientierten französischen Katholizismus behaupten können. Dies ist offenbar keine ganz leichte Aufgabe angesichts der oft sehr disparaten politischen, sozialen und ideologischen Richtungen und Gruppen innerhalb der französischen Katholiken, wovon die vielen „presse-stands“ auf dem Messengelände und die zahlreichen und lebhaften „diner-debattes“ verschiedener, meist um bestimmte Presseorgane formierter Richtungsgruppen ein anschauliches Bild vermittelten.

Die Veranstaltung als ganze wie Einzeleinrichtungen der Sozialen Wochen verfügen bereits über eine feste Tradition, die auch in Straßburg kaum durchbrochen wurde. Neu in Straßburg war die Einführung sogenannter „rencontres“ zwischen Dozenten und Hörschaft, in denen die Vortragenden die vorher schriftlich eingereichten Fragen zu den jeweiligen Referaten beantworteten. Diese waren ganz im Gegensatz zu den Arbeitskreisen — dort schwankte die Teilnehmerzahl zwischen 200 und 10 — sehr gut besucht. Die Hörschaft hat von den Möglichkeiten des Dialogs ausgiebigen Gebrauch gemacht, auch wenn die Fragen, der Vielfalt des Publikums entsprechend — neben einer großen Zahl von Geistlichen und Ordensleuten sah man vor allem zahlreiche ältere Damen —, von unterschiedlichem Niveau waren. Die Teilnehmerzahl war im Vergleich zur Sozialen Woche im vorigen Jahr in Reims etwas niedriger. Ca. 3000 Hörerkarten wurden ausgegeben. 2000—2200 nahmen an der ganzen Woche teil. Voriges Jahr in Reims waren es ca. 600 mehr. Vor allem war die Jugend in Straßburg weniger zahlreich vertreten als in Reims, wo sie sich offenbar vom Thema selbst (Der Aufstieg der Jugend in der Gemeinschaft der Generationen; vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 127) mehr angesprochen fühlte als vom diesjährigen Thema. Ein Indiz dafür, daß die europäischen Probleme noch nicht in dem Maße zum Anliegen der Gesamtbevölkerung — auch nicht der Jugendlichen — geworden sind, wie es ein manchmal gewollt oder ungewollt zur Schau getragener Europaenthusiasmus vermuten ließe. Es ist auch kaum anzunehmen, daß Vergleiche mit anderen Ländern trotz geringerer unmittelbarer nationaler Belastung, wie sie Frankreich in den letzten Jahren durch die Algerienkrise durchzuhalten hatte, zu einem günstigeren Ergebnis führen könnten, auch wenn dort vielleicht vieles bereits als

selbstverständlich angesehen wird, was manchem Franzosen noch neu erscheint. Das Europa der Zukunft gehört wohl zu den wenigen als erstrebenswert angesehenen politischen Idealen der europäischen Jugend, aber das Europa der Gegenwart, die reale Basis des zukünftigen, ist noch zu sehr Privatbesitz der „europäischen“ Fachleute und Institutionen.

Die Vorträge wurden ausschließlich von französischen Rednern bestritten. Auch in den übrigen Veranstaltungen waren ausländische Wortmeldungen selten. Das stand zwar durchaus im Einklang mit der Sozialen Woche als repräsentativer nationaler Veranstaltung der französischen Katholiken, hatte aber ohne Zweifel eine gewisse Einengung des europäischen Horizonts auf französische Sicht zur Folge. Verschiedentlich wurde die Frage laut, ob ein solches Thema vom geistigen Blickwinkel eines einzigen Landes aus überhaupt adäquat angegangen werden könne, eine Frage, die sich die Veranstalter offenbar nicht gestellt hatten. So hatte man doch den Eindruck, einer zwar profunden, aber unvollständigen Analyse des Phänomens Europa beizuwohnen, der das Echo von jenseits der Grenze fehlte, ein Tatbestand, der insbesondere von Teilnehmern aus den Beneluxländern kritisch vermerkt wurde. Die einzige Veranstaltung, auf der die übrigen „Europäer“ ausführlich zu Wort kamen, waren die sog. „témoignages européens“ im Palais des Fêtes am 19. Juli abends, wo eine Reihe von Vertretern aus verschiedenen europäischen Ländern in einer Art Podiumsgespräch von der jeweiligen (manchmal wohl etwas gefärbten) Sicht ihres Landes aus zum Thema Europa und zum gegenwärtigen Stand der Diskussion über Europa Stellung nahmen. Sieht man vom rhetorischen Beiwerk dieses Abends und von einigen höflichen Überschwenglichkeiten an die Adresse des Gastlandes ab, so bot er doch einen unmittelbaren Einblick in die Idealvorstellungen, Hoffnungen und Illusionen, die nun einmal mit diesem Thema verbunden sind, bei voller Berücksichtigung des sozialen, politischen und ideologischen Status der einzelnen Redner und deren geographischer Herkunft. Auf einer katholischen Veranstaltung hätte man sich auch einige Auskünfte über die Rolle der Katholiken und der christlichen Kirchen bei der europäischen Einigung und die spezifischen Aufgaben, die der Kirche dadurch gestellt sind, gewünscht. Der Arbeitskreis 8 über „Les familles spirituelles et l'Europe“ verlief sich nach geistvollen Exposés, u. a. von Y. Congar, J. Weydert und Pastor Mehl, leider im Sande.

Das Thema

Das Thema ist in seiner französischen Formulierung vor allem für den Ausländer nicht völlig eindeutig und bedarf deshalb einer einführenden Klärung. Bereits die Übersetzung bietet einige Schwierigkeiten, da der Plural „Personen“ im Deutschen in diesem Zusammenhang sowohl in der sozialphilosophischen Terminologie wie in der Umgangssprache ungebräuchlich ist. Der sozialphilosophische Terminus Person ist nicht in den Plural übersetzbar, bedeutet aber inhaltlich genau das, was der französische Plural ausdrückt: die menschliche Person in ihrer seinschaftlichen Bestimmtheit als individuelle Fülle und gesellschaftliche Bezogenheit. Der Terminus Person meint deshalb keinen Gegensatz zur Gesellschaft, sondern verdeutlicht das personale Fundament aller gesellschaftlichen Beziehungen und spielt auf die notwendige personale Durchdringung des Gesellschaftlichen auf jeder *möglichen* Ebene an. Daraus ergeben sich mittelbar drei wichtige Folge-

rungen, die den Sinn des Themas und die Intention der Veranstalter verdeutlichen helfen.

1. Da alle gesellschaftlichen Gebilde und Formen ihren seinhafte Ursprung im Personalen haben, bedürfen sie der ständigen personalen Durchdringung. So kann Europa, verstanden als wirtschaftlich-geographische, sozialpolitische und geistig-kulturelle Einheit, letztlich nur aufgebaut werden auf dem Fundament der Person und des Beitrags der dem Personalen unmittelbar entstammenden gesellschaftlichen Primärsysteme. Europa kann nur als lebendige Einheit konstituiert werden, wenn es in seinen Wurzeln an die personalen Kräfte des einzelnen heranreicht und von diesen mitgeformt wird, deswegen muß es sowohl ein Europa „für“ wie ein Europa „durch“ die „Person“ sein.

2. Der Reichtum gesellschaftlicher und kulturell-geistiger Bezogenheit des Personalen findet seinen umfassenden Ausdruck in der Volksgemeinschaft mit den ihr jeweils eigentümlichen Kultur- und Wertvorstellungen. Europa ist durch ein gemeinsames geistiges Erbe und eine Reihe geographisch bedingter sozialökonomischer Faktoren zu einem Ganzen zusammengewachsen, das daran ist, sich nun sein institutionelles Gesicht zu geben. Diese Einheit kann nur zur wirklichen Einigung führen, wenn sie der Eigenheit und dem kulturellen Reichtum der einzelnen Völker Rechnung trägt und auf den nationalen Vorgegebenheiten aufbaut, die trotz eines ständigen und radikalen Umformungsprozesses ihre Daseinsberechtigung behalten, über die sich keine mögliche Form europäischer Einigung hinwegsetzen kann. In diesem Sinne kann das Europa der Zukunft nur ein Europa der Völker sein.

3. Da Europa so im letzten nur als „Lebensgemeinschaft“ konzipiert werden kann, gleichgültig welche Form und welchen politischen Ausdruck seine Einigung findet, kann es kein Europa der Fachleute und Technokraten sein. Eines der wesentlichen Instrumente für die Verwirklichung einer solchen europäischen Lebensgemeinschaft müssen deshalb die verschiedenen gesellschaftlichen Zwischengebilde (*corps intermédiaires*) bilden, die in ihrem Aufbau und in der Wahrnehmung ihrer Interessen die nationalen Grenzen bereits endgültig überschritten haben, andererseits aber doch in unmittelbarer Weise den Reichtum der einzelnen Völker widerspiegeln und über ihre vielfältigen Ausdrucksformen doch an die „personalen Wurzeln“ Europas heranreichen.

Das Schreiben des Kardinalstaatssekretärs

Die Vorlesungen der Sozialen Woche wurden, wie üblich, durch die Verlesung des päpstlichen Schreibens des Kardinalstaatssekretärs an den Präsidenten der Sozialen Wochen eröffnet. Da es sich dabei um die erste ausdrückliche Stellungnahme zur Europafrage in diesem Pontifikat handelte, wurde das Schreiben mit einer gewissen Spannung erwartet. Es knüpfte an die verschiedenen Stellungnahmen Pius' XII. zu dieser Frage an und führte sie unter stärkerer Hervorhebung der pastoralen Akzente weiter.

Das päpstliche Schreiben geht von der Feststellung aus, daß Europa trotz der Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen um seine künftigen institutionellen Formen eine Wirklichkeit geworden ist, an der täglich weitergebaut wird. Man habe den Mut gehabt, die ersten Risiken auf sich zu nehmen, und dieses Eingehen der Risiken habe sich gelohnt: Die Europäische Gemeinschaft für

Kohle und Stahl (Montanunion) verfügt bereits über eine ausreichende positive Erfahrung. Sie hat nicht nur verschiedene wirtschaftliche Rivalitäten zwischen europäischen Nachbarn beseitigt, sondern hat Wesentliches zum sozialen Aufstieg, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zum wirtschaftlichen Ausgleich und zur Erhaltung des Friedens beigetragen. Aus ihr konnte eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hervorgehen, die für die Aufnahme neuer Partner weit geöffnet ist und eine Vorstufe für die politische Einigung bildet.

Ist der Aufbau Europas unmittelbare Aufgabe der verantwortlichen Staatsmänner und Institutionen, so verlangt doch die Pflicht der Gerechtigkeit einen echten Beitrag der Katholiken und der Kirche. Wie in allen anderen gesellschaftlichen und politischen Fragen besteht der spezifische Beitrag der Kirche in der Erhellung der sittlichen Grundsätze für die praktische Verwirklichung der Einigung Europas.

Das päpstliche Schreiben beantwortet die Frage nach der Existenz eines Europa eigentümlichen Gemeinwohls positiv. Dieses Gemeinwohl existiert, bedarf aber der Verdeutlichung und Realisierung. Sein Ziel ist der umfassende gesellschaftliche Ausgleich zwischen den einzelnen Ländern, bei dem keines zugunsten eines anderen benachteiligt wird. Zu seinem Inhalt gehören wirtschaftliche Faktoren: die harmonische Entfaltung des wirtschaftlichen Wohlstandes; soziale Faktoren: die Erhaltung bzw. Wiederherstellung des sozialen Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Schichten von Bürgern; und schließlich politische Faktoren: die Erstellung und Verteidigung einer gemeinsamen Rechtsordnung. Das Wesen dieses Gemeinwohls liegt aber tiefer: „Das konstitutive Element eines Volkes jenseits der Besonderheiten von Rasse, Sprache, Kultur und Religion . . . besteht im Willen zum gemeinsamen Leben (*vouloir-vivre collectif*), der sich in der gemeinsamen Art des Denkens, Fühlens und Lebens ausdrückt. Das gilt auch für Europa, dessen wirtschaftliche, soziale und politische Komponenten ihre einigende Kraft aus dem schöpfen, was man den europäischen Geist nennt, aus dem gemeinsamen Verständnis gemeinsamer Werte. Es gibt ein gemeinsames humanistisches und universalistisches europäisches Erbe, dessen gemeinsame Realisierung dem Frieden und der Brüderlichkeit förderlich ist.“ Dieses Erbe besteht aus einer Synthese zwischen Antike und Christentum, aus griechischem Humanismus mit seinem Sinn für Gleichgewicht, Ebenmaß und Schönheit, aus dem Geist des römischen Rechts, „das jedem seinen Platz und seine Rechte anweist in einer solide strukturierten politischen Gesellschaft, und aus der christlichen Religion, die die wesentlichen Elemente der menschlichen Person als eines freien, autonomen und verantwortlichen Wesens entfaltet hat und seit 2000 Jahren die Seele Europas formt“.

Der Aufbau Europas wird eine lebendige und urtümliche Wirklichkeit sein. Er findet in den nationalen Gegebenheiten eine solide Grundlage. „Denn eine jede der historisch gewachsenen Gemeinschaften, aus denen sich Europa zusammensetzt, verfügt über reiche Traditionen, innerhalb welcher sich die politische Tätigkeit der Menschen entfaltet hat. Die den Staaten eigentümliche Funktion besteht gerade in der Sicherung des Erbes, das den Reichtum einer jeden Nation und das Kapital an personalen und sozialen Kräften bildet, die ein jedes Vaterland darstellt.“ Dieses Erbe bildet die Basis für ein gemeinsames Europa (*ensemble européen*). Es ist Aufgabe derer, die an diesem

Erbe teilhaben, „nach und nach die gemeinsamen Institutionen zu bestimmen, die das Eigenwohl einer jeden Gemeinschaft sichern und zugleich das europäische Gemeinwohl zu verwirklichen imstande sein werden“. Der Aufbau Europas kann niemals ausschließlich Angelegenheit der Regierungen sein. Jeder einzelne muß deshalb innerhalb der ihn umgebenden Gruppen zur Bildung einer entsprechenden politischen Meinung beitragen. Auch das päpstliche Schreiben unterstreicht in diesem Zusammenhang die Bedeutung der verschiedenen gesellschaftlichen Zwischengebilde. Diese müssen ihre Stimme zu Gehör bringen und von den Möglichkeiten, die ihnen ihr Konsultativstatus bei den bestehenden europäischen Institutionen einräumt, Gebrauch machen. Das gilt nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für alle wirtschaftlichen und kulturellen Verbände, denen man ein Recht auf Eigeninitiative zuerkennen muß. „Wenn es Aufgabe der öffentlichen Gewalt ist, zu helfen, zu koordinieren und anzueifern, so kommt doch den gesellschaftlichen Zwischengebilden eine unersetzliche Rolle zu, denn sie bilden die Grundstruktur (structure fondamentale) der Beziehungen zwischen den Völkern.“

In einem Europa der Personen und Völker muß nach dem päpstlichen Schreiben die Familie das Lebenszentrum sein, das bei der europäischen Einigung keinen anderen, untergeordneten Zwecken geopfert werden darf. Zur Sicherung der Familie gehören: eine genügende Anzahl an Arbeitsplätzen, gerechter Lohn und ausreichende Sozialleistungen. Das Schreiben weist auf die Gefahren hin, die der Familie aus der innereuropäischen Wanderungsbewegung erwachsen können. Die Familie muß für den Auswanderer ein fester Zufluchtsort bleiben, wo dieser zu sich selbst finden und seine Kräfte sammeln kann. Diese überragende Rolle der Familie darf von denen, die am Aufbau Europas verantwortlich mitarbeiten, nicht übersehen werden.

Die fortschreitende Verwirklichung der europäischen Einheit verlangt die Überwindung eines isolationistischen oder engstirnigen Nationalismus. „Nur um diesen Preis kann eine wahre Gemeinschaft entstehen als authentischer Ausdruck einer personalen Solidarität, die nicht eingeschlossen bleibt in den Kreis erweiterter egoistischer Interessen, sondern offen ist für die allgemeinen und übergeordneten Interessen der Menschheit.“ Zwei Ziele dürfen dabei nicht außer acht gelassen werden: der fortschreitende Ausgleich zwischen den wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten und den wirtschaftlich bevorzugteren Ländern Europas und zwischen den einzelnen Produktionszweigen auf europäischer Ebene und die Eingliederung Europas in die Völkergemeinschaft der Welt. Die Katholiken werden aufgerufen, bei der Verfolgung dieser Ziele aktiv mitzuarbeiten: „Nur die Einheit der Geister und der Herzen in demselben Glauben und derselben Liebe wird diese übernationale Gemeinschaft zunächst auf europäischer Ebene und dann auf Weltebene verwirklichen können. Bei diesem hochwichtigen Friedenswerk müssen die Katholiken an erster Stelle stehen. Sie sind ohne Zweifel aufgerufen, aktiven Anteil zu nehmen innerhalb der Institutionen, in denen Gott nicht ausdrücklich als Schöpfer und Gesetzgeber des Universums anerkannt wird. Hier werden sie Menschen begegnen, die andere Lebensauffassungen haben als sie selber. Da sollen die Katholiken sorgfältig darauf achten, sich selbst treu zu bleiben. Sie sollen sich nicht auf Kompromisse einlassen, durch die in irgendeiner Weise der volle Glaube

oder die Sittlichkeit Schaden leiden. Sie sollen aber auch andere Auffassungen mit dem gebührenden Wohlwollen prüfen. Sie sollen nicht überall nur auf ihr eigenes Interesse schauen, vielmehr bereit sein, in ehrlicher Zusammenarbeit dort mitzuwirken, wo es um etwas geht, was seiner Natur nach gut ist oder zum Guten führen kann“ (*Mater et magistra* 239, vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 555).

Der Einführungsvortrag von Alain Barrère

In seinem Einleitungsreferat versuchte der Präsident der Sozialen Wochen, Alain Barrère, in einer gedrängten Schau der mit dem Aufbau eines vereinigten Europa zusammenhängenden Fragestellungen und Faktoren das gedankliche Fundament zu legen und die entscheidenden Problempunkte aufzuzeigen, um die sich dann die Einzelvorlesungen und die acht Arbeitskreise bemühten.

Er griff zunächst die Definition des europäischen Gemeinwohls aus dem Schreiben des Kardinalstaatssekretärs auf und folgerte daraus, daß ein geeintes Europa ebenso wie jede nationale Gemeinschaft nicht aus bloß wirtschaftlichen und politischen Komponenten und Institutionen bestehen kann, sondern einen gesellschaftlichen Ausdruck finden muß, der die ganze kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt, von der Europa und seine Länder geprägt sind, widerspiegelt. Nach Barrère ist der politische nur ein Aspekt unter vielen, wenn auch ein Aspekt von fundamentaler Bedeutung. Noch wichtiger aber erschien ihm der „personale“ und „soziale“ Aspekt der Frage.

Das Europa im Werden

Ausgehend von dieser Definition des europäischen Gemeinwohls als Kriterium für die konkreten Realisierungsmöglichkeiten europäischer Einheit, unterzog Barrère das bisher Verwirklichte und die daraus resultierenden Möglichkeiten für die Zukunft einer kritischen Prüfung. Er verwies auf den relativ raschen Fortschritt der europäischen Einigung auf wirtschaftlichem wie auf strategischem Gebiet, beklagte aber den Rückstand auf kulturellem und geistigem Gebiet, eine Klage, die in den Schlußresolutionen der Sozialen Woche wiederkehrt und auch in den Einzelreferaten, soweit sie sich mit Grundsatzfragen befaßten, immer wieder zu hören war. Bereits der politische Aufbau Europas geht im Gegensatz zum wirtschaftlichen und streitigen äußerst langsam vor sich. Es bestehen zu Recht oder zu Unrecht Bedenken gegen die Aufgabe bestimmter Souveränitätsrechte. Man möchte die europäischen Institutionen soweit wie möglich auf Begegnungen auf Regierungsebene beschränken. Die entgegengesetzte Richtung verlangt die Wahl einer europäischen Legislative mit eigener von den einzelnen Staaten unabhängiger Entscheidungsgewalt. In den durch diese gegensätzlichen Tendenzen notwendig gewordenen Kompromißlösungen erblicken die einen kluge Voraussicht und Vorsicht, die anderen ungerechtfertigtes Verzögern der europäischen Einigung. Die öffentliche Meinung widmet den europäischen Problemen, die oft ihren möglichen Horizont überschreiten, zu wenig Aufmerksamkeit. Anstrengungen wurden in dieser Richtung wohl unternommen, aber man müsse sich fragen, ob die einseitige Konzentration der öffentlichen Meinung auf die rein politische Problematik, die Problematik mit der unsichersten Lösung, nicht eher irreführend wirkt. Barrère meinte, heute erkläre man sich mehr zum Europäer, als man es tatsächlich ist. Man stimmt

theoretisch der europäischen Einigung zu, zieht aber daraus nicht die notwendigen praktischen Folgerungen. Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die für den gesellschaftlichen Aufbau Europas von fundamentaler Bedeutung sind, werden oft bei der rein theoretischen Zustimmung zur europäischen Einigung gar nicht in Betracht gezogen: die Familie, das ausgespannte Netz privater gesellschaftlicher Beziehungen, Schule, Gewerkschaften. Von diesen Bereichen sei auch bisher kaum ein spürbarer Impuls für die Einigung Europas ausgegangen.

Dieses europäische Ungenügen liegt aber nach Barrère nicht bloß in den personalen Faktoren, sondern vor allem auch an der Schwierigkeit, das Phänomen Europa in seiner ganzen Vielfalt als ein Ganzes zu umschreiben und zu verstehen und die Mittel und Wege zu finden, um die einheitsstiftenden Elemente besser sichtbar zu machen. Diesen Sachverhalt versuchte Barrère vom Verhältnis des einzelnen zu seiner Volksgemeinschaft her zu verdeutlichen. Der einzelne ist durch eine Vielzahl personaler und sozialer Bindungen in die ihn umgebende Volksgemeinschaft eingebettet. Er erlebt die großen historischen Augenblicke seines Volkes. Sein persönliches Leben wird von den nationalen Ereignissen mitgeprägt. Auf übernationaler, europäischer Ebene gibt es aber noch kein Äquivalent dafür. Auf Grund der geographischen Grenzen, der wirtschaftlichen Gegebenheiten und der gemeinsamen Vergangenheit, häufig von kriegerischen Auseinandersetzungen gekennzeichnet, ist Europa für seine Bewohner zwar zu einer Schicksalsgemeinschaft, aber noch nicht zu einer Lebensgemeinschaft geworden.

Schwierigkeiten, die bisher eine solche Gemeinschaft verhinderten, ergeben sich zum Teil aus äußeren Faktoren. Die Grenzen „Europas“ sind nicht festgelegt und auch nicht zu bestimmen. Sie werden enger oder weiter gezogen, je nach der Art des Bezugs zu den bereits geschaffenen europäischen Institutionen. Es gibt das „kleine Europa“ der Sechsergemeinschaft mit seinen mehr oder weniger offenen Grenzen und die 16 Länder, die im Europarat vertreten sind, der aber primär doch nur repräsentative Bedeutung hat. Grundsätzlich gilt: je enger die wirtschaftliche Bindung bereits geworden ist, um so mehr strebt man auch in den anderen Bereichen nach Zusammenschluß. Aber eine gewaltsam gezogene Grenze verhindert den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenschluß von Ländern, die geistig und geschichtlich zu Europa gehören. Das Europa der Gegenwart ist zudem eng begrenzt nach oben und unten, denn es reicht noch nicht an die Wurzeln der sozialen Existenz des einzelnen und der gesellschaftlichen Primärsysteme heran. Es existieren gemeinsame wirtschaftliche und strategische Sicherungen, es fehlen aber noch die realen sozialen Bindungen. Barrère stellte hier sogar die Frage, ob der bloße Versuch der horizontalen Erweiterung, die Ausdehnung der europäischen Institutionen auf neue Mitglieder, nicht eine gewisse Entleerung der Substanz des bereits Erreichten zur Folge haben könnte. Horizontale Erweiterung ja, aber wesentlicher ist das Wachstum in die Tiefe. „Europa in die Tiefe bauen heißt die Personen und Völker hineinnehmen in den Aufbau und das Leben Europas. Die Personen, d. h. einen jeden von uns in seiner sozialen, beruflichen und kulturellen Tätigkeit mit seiner Verantwortung als Bürger und seiner geistigen Ausstrahlung. Die Völker, d. h. nicht die undifferenzierte Masse, sondern ein gegliedertes menschliches Ganzes in seinen natürlichen Geselungen, belebt vom Willen zum gemeinsamen Leben, per-

sonal durchformt durch die Werte, die es in besonderer Weise prägen.“

Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen sind unerlässlich, aber für sich allein ungenügend. „Eine Nation existiert nicht nur durch ihre politischen und wirtschaftlichen Organe oder durch die Regierungen... Sie ist vor allem eine Gemeinschaft von Personen, von Familien, Gruppen und sozialen Körperschaften, von Städten und Provinzen, geprägt durch ihren regionalen Charakter. Ohne in allzu enger Weise den Begriff der Nation auf Europa zu übertragen, kann man doch sagen, daß man auf europäischer Ebene wenigstens Teilelemente dessen wiederfinden muß, was eine Volksgemeinschaft konstituiert...“

Während Europa im Werden ist, stellen sich ihm Schwierigkeiten individueller und nationaler Art entgegen. Es bestehen geschichtlich bedingte Hemmnisse und Ressentiments. Sie lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Wenn sie auch kein positives und direktes Hindernis bilden, so führen sie doch zu einem für die Einigung Europas schädlichen Verhalten. Individuelle und soziale Ungleichheiten zwischen Ländern mit wirtschaftlicher und sozialer Prosperität und solchen mit retardierender Entwicklung sind besonders ernste Hindernisse. Sie machen die besser situierten Länder allzu leicht glauben, sie wären beim Zusammenschluß die Verlierer. Psychische und sprachliche Unterschiede bilden weitere Hemmnisse auf dem Wege zur gewünschten Einheit. Demgegenüber gibt es aber entscheidende Grundfaktoren, die die Einigung erleichtern, die aber entsprechend gepflegt und entfaltet werden müssen. Barrère nannte hier: das Christentum und die gemeinsamen zivilisatorischen und kulturellen Werte des Kontinents. Durch diese Werte ist Europa vor aller Welt ausgezeichnet. Der Europäer wird dadurch nicht zu einem menschlichen Wesen höherer Art. Aber Europa erweist sich dadurch klarer als eindeutiges Ganzes.

Die Bedeutung Europas für den einzelnen und für die Völker

Das größte Hindernis für die Einigung Europas wäre ein bloß passives Verhalten der europäischen Bevölkerung. Diese ist aufgerufen zur aktiven Mitarbeit auf allen Ebenen und Stufen. Sie muß die innere Dynamik gestalten, die dem Begriff Europa innewohnt. Die aktive Teilnahme an dieser Dynamik bedeutet für den Europäer einen wichtigen Fortschritt in mehrfacher Hinsicht: auf politischer Ebene durch die Überwindung des Nationalismus, der für jede Volksgemeinschaft, die ihre nationalen Werte bewußt pflegt, eine latente Gefahr bedeutet. Diese latente Gefahr wird überwunden durch die Eingliederung der europäischen Völker in eine Volksgemeinschaft, in der es kein bloßes Gegenüber einzelner, sondern ein Zueinander aller gibt. Dieses Zueinander vermehrt die Chancen für einen dauerhaften Frieden inner- und außerhalb Europas. Auf wirtschaftlicher Ebene verfügt man bereits über genügend positive Ergebnisse, um den Einfluß der europäischen Zusammenarbeit auf die wirtschaftliche Entwicklung Europas messen zu können. „Vor wenigen Jahren begegnete man der Idee des Gemeinsamen Marktes eher mit Furcht als mit Hoffnung. Heute leugnet man nicht mehr den Erfolg, der ohne Zweifel durch eine glückliche Konjunktur begünstigt wurde und deshalb noch auf Hindernisse stoßen kann. Aber er zeigt sich offenkundig in der Hebung des Lebensstandards, in der Schaffung neuer Arbeitsplätze, in der Verbreitung des technischen

Fortschritts und in der Erneuerung bestimmter Strukturen. Aber dieser Aufstieg hat, obwohl beachtenswert, noch kaum begonnen.“ Barrère nannte drei Beispiele für den wirtschaftlichen Aufstieg, der dem europäischen Zusammenschluß zu verdanken ist: die Ausnutzung der Atomenergie, die wirtschaftliche Umformung der zurückgebliebenen Gebiete Europas im Rahmen einer europäisch-regionalen Wirtschaftsplanung und die europäische Hilfe für die Entwicklungsländer. Für eine adäquate Verwendung der Atomenergie konnten erst durch die zwischenstaatliche Zusammenarbeit die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, eine Tatsache, die in ähnlicher Weise auch für andere Forschungsbereiche gilt. Für die Umstrukturierung wirtschaftlich zurückgebliebener Gebiete im Rahmen einer europäischen Wirtschaftsplanung sind bereits Pläne ausgearbeitet worden. Barrère nannte hier die Bemühungen der EWG um die französische Bretagne und den italienischen Süden. Gegenüber den Entwicklungsländern — Barrère wies hier besonders auf Afrika hin — trägt Europa eine gemeinsame Verantwortung. Eine Wirtschaftshilfe auf rein bilateraler Basis zwischen den einzelnen europäischen und afrikanischen Ländern wäre nach Meinung Barrères zum Scheitern verurteilt.

Läßt sich nun aus diesen positiven Faktoren europäischer Zusammenarbeit ein Recht oder gar eine Pflicht der Europäer für den Zusammenschluß und den Aufbau Europas ableiten? Barrère beantwortete diese Frage dahingehend, daß die Bevölkerung und die einzelnen Völker nicht zu etwas gezwungen werden können, was ihnen fremd bleibe, und daß man umgekehrt Europa nicht bilden könne ohne den bewußten und gewollten Beitrag seiner Bewohner. „Ohne Beteiligung der Bevölkerung würde Europa zur ausschließlichen Angelegenheit der Regierungen, der Fachleute und der Institutionen.“ Die innereuropäische Zusammenarbeit würde sich dann auf die Begegnungen zwischen den Staatsmännern beschränken. Da ein gemeinsames Europa aber eine konkret vorgegebene Möglichkeit ist, gibt es auch eine konkrete Verpflichtung zu seiner Verwirklichung. Der geistige Reichtum und die kulturelle Vielfalt der europäischen Länder, die ihrer Struktur nach auf gegenseitige Ergänzung angelegt sind, verpflichten die Europäer, ihre jeweiligen Energien zu gemeinsamer Anstrengung zu vereinen. „Jedes Volk hat seine Besonderheiten der Rasse, der Tradition, der Religion, der Kultur, der Sprache, des Charakters. Es gibt keinen Grund, der einen Verzicht darauf rechtfertigen könnte. Aber es muß sie zur Bereicherung des gemeinsamen Erbes an geistigen Werten beisteuern, die im Lauf der Geschichte die Seele Europas geprägt und seinen Geist belebt haben.“ Die verschiedenen Komponenten des europäischen Gemeinwohls sind heute bekannt. „Aber zur authentischen Gemeinschaft gehört, daß diese Komponenten einen einheitsstiftenden Impuls erfahren durch den europäischen Geist. Dieser allein kann sie für die Bedürfnisse für die Entfaltung der Glieder der Gemeinschaft nutzbar machen.“

Die Art der Teilnahme der Personen und Völker am europäischen Gemeinschaftsleben

Die Teilnahme der Personen und Völker an Europa muß gesichert werden, das heißt aber nicht, daß jede mögliche Form europäischer Einigung diese Teilnahme verdient. „Diese muß den Notwendigkeiten einer übergeordneten Finalität entsprechen und muß mit Institutionen ausgestattet sein, die imstande sind, eine authentische Gemein-

schaft von Menschen und freien . . . Völkern zu schaffen.“ Von der Finalität, die man Europa zuerkennt, hängt die Form des Aufbaus und des Aufstiegs ab, den man sich davon erwartet, und die Natur und der Umfang der Pflichten, die man Europa gegenüber hat. „Wenn für uns Europa selbst außer Diskussion steht, so gilt das doch nicht (auch schon) für die dafür angewandten Mittel. Im gegenwärtigen Stadium kann die europäische Einigung nicht ohne Vorsicht beurteilt werden. Alles ist noch zu sehr Provisorium, um ein definitives Urteil zu erlauben. Wegweisende Richtlinien können im gegenwärtigen Augenblick nur den Sinn haben, eventuelle Blockierungen der weiteren Entwicklung zu verhindern oder gewisse eindeutig feststellbare Unzulänglichkeiten zu beseitigen.“ Der Nutzen dessen, was bisher geleistet wurde, soll nicht bestritten werden. Aber diese Leistungen müssen gesehen werden als verschiedene Elemente einer Gemeinschaft, deren Bestimmung man verraten würde, wollte man sich darauf festlegen, sie in ihrem heutigen Zustande zu belassen, und wollte man zögern, sie in eine finale Ordnung einzufügen, die über sie selbst hinausweist.

Niemand wird im Ernst behaupten, daß der Gemeinsame Markt genügt für die Begründung einer europäischen Gemeinschaft. Er kann trotz der Beziehungen, die er zwischen Menschen und Völkern herstellt, keine wirklichen gemeinschaftlichen Bande schaffen und das Wesen der Gemeinschaft als solcher bilden. Die gemeinsame europäische Verteidigung ist auferlegt durch internationale Gefahren. Sie führte zu einer Reihe begrüßenswerter gemeinsamer Anstrengungen. Aber die so geschaffene europäische Solidarität vermag der europäischen Idee nicht ihre ganze Kraft zu geben noch den gemeinsamen Wertbesitz der europäischen Völker zu aktiveren.

Man kann sich eine Gemeinschaft ohne politische Organe nicht vorstellen, aber man kann sich auch keine Gemeinschaft vorstellen, die keine anderen verantwortlich handelnden Organe hätte als diese. Europa müßte dann der Bevölkerung, um deretwillen es ja letzten Endes geschaffen wird, zum mindesten gleichgültig bleiben. „Sicher müssen mit Vorsicht sukzessive Lösungen gefunden werden, aber die politische Gemeinschaftsstruktur Europas kann nicht verstanden werden als eine bloße Organisation an der Spitze.“ In einem Europa der Personen und Völker, d. h. in einer lebendigen, umfassenden und personal durchformten Gemeinschaft, müssen auch den geistig-weltanschaulichen Gruppen genügend Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Diese sollen in gegenseitiger Achtung ihrer spezifischen Mission nachgehen können. „Das um so mehr, als im erweiterten Rahmen Europas die Beziehungen und Gewichtsverteilungen der verschiedenen geistig-weltanschaulichen Gemeinschaften anders sein werden, als sie es heute in den einzelnen Ländern sind.“

Ein Europa der Personen und Völker muß schließlich offenbleiben nach außen, gegenüber den europäischen Ländern, die sich noch nicht angeschlossen haben oder sich noch nicht anschließen können, und gegenüber den Ländern anderer Kontinente. Dieses Offenbleiben ist nicht als romantischer politischer Universalismus zu verstehen, sondern als Bereitschaft, künftige Entwicklungen nicht auszuschließen.

Im letzten Teil des Einleitungsreferates befaßte sich Barrère vor allem mit der Rolle der „corps intermédiaires“ im geeinten Europa und in dessen Einigungsprozeß selbst, auf deren Bedeutung bereits der Kardinalstaatssekretär in seinem Schreiben hingewiesen hatte. Diesen kommt im

Aufbau Europas eine Primärfunktion zu wegen ihrer „Nähe“ zur Person und ihres gesellschaftskonstituierenden Charakters zwischen den Bürgern des einzelnen Landes und zwischen den einzelnen sozialen Schichten auf übernationaler Ebene. „Die Struktur der europäischen Gemeinschaft muß so konzipiert werden, daß neben den politischen Institutionen auch die Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Zwischengebilde anerkannt wird. Gewerkschaften, Familienverbände, kulturelle Vereinigungen, Berufsgenossenschaften, die die Entfaltung und den Aufschwung bestimmter Sektoren bedingen, und Jugendverbände werden zu repräsentativen Organen sozialer Gruppen und zu einem Instrument, durch das die Menschen bestimmte Interessen wahrnehmen, die direkt das Leben der Gesellschaft (als solcher) angehen. Im Unterschied zur politischen Aktion vollzieht sich die Tätigkeit dieser Organe in der Sphäre der Eigeninitiative und der privaten Tätigkeit. Sie sind eine (unmittelbare) Folge der Teilnahme der Personen an der Organisation des gesellschaftlichen Lebens...“

Die Tätigkeit dieser gesellschaftlichen Zwischengebilde erschöpft sich nicht in der Wahrnehmung der eigenen Interessen. Sie haben auch die Aufgabe, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches zu Fragen von allgemeinem Interesse Stellung zu nehmen. Sie müssen deshalb zum Aufbau Europas und innerhalb der gegenwärtig sich vollziehenden Einigung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen. „Aber die Kompetenzen überschreiten zum Zwecke besserer Selbstbehauptung hieße Verwirrung stiften. Da sie keine politischen Organe sind, sind Entscheidungen politischer Art nicht ihre Sache.“ Es steht ihnen aber selbstverständlich zu, die Organe, die politische Entscheidungen zu treffen haben, bei der Ausarbeitung der Pläne und bei den Entscheidungen selbst beratend zu unterstützen, sofern diese Entscheidungen Fragen ihrer Kompetenz betreffen.

Auf europäischer Ebene finden die gesellschaftlichen Zwischengebilde ein neues Tätigkeitsfeld. „Es ist ihre Aufgabe, unter sich in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich Verbindungen herzustellen, die es möglich machen, die verschiedenen Aktionsbereiche der nationalen Gemeinschaften untereinander zu verflechten.“ Zum vertikalen Aufbau Europas durch die politischen Institutionen kämen so die horizontalen Bindungen „zwischen den konstitutiven Elementen der nationalen Gemeinschaft“.

Die Einzelvorträge

In den 17 Einzelvorlesungen kamen die Vertreter der verschiedenen Sachgebiete, die die europäische Einigung bestimmend beeinflussen (Politik, Wirtschaft, Kultur, Publizistik und Erziehung), ausführlich zu Wort. Hier sei nur kurz auf einige besonders hervorstechende Themen hingewiesen. J. Boissonat, Wirtschaftsredakteur von „La Croix“, der bereits durch verschiedene Veröffentlichungen zur wirtschaftlichen Einigung Europas hervorgetreten ist, unterzog in seinem Referat über „Der europäische Aufbau im Lichte der Tatsachen“ (La construction européenne à l'épreuve des réalités) die europäischen Hoffnungen an Hand der politischen und wirtschaftlichen Tatsachen einer sehr realistischen Prüfung. Das Referat von Boissonat gehörte zu den Vorträgen, die das vielleicht etwas zu akademische Niveau der Sozialen Wochen wenigstens in der Art des Vortrags brachen und deswegen beim Publikum auch am besten „ankamen“. Von den Grundsatzreferaten

dieser Sozialen Woche verdient besonders das Referat von L. Chevallier SJ Aufmerksamkeit. Chevallier versuchte, in einem weitausholenden Essay die Grundprinzipien politischer Ethik auf die Problematik der europäischen Einigung zu übertragen, und arbeitete in nicht zu überbietender Klarheit die konkreten ethischen Verpflichtungen des europäischen Bürgers bei der Einigung Europas und im geeinten Europa selbst heraus. Ebenso große Beachtung fand das Referat von J. Folliet über „Die europäischen Werte und die Einheit Europas“ (Les valeurs européennes et l'unité de l'Europe). Folliet erläuterte die Eigenständigkeit der europäischen Kultur an Hand ihrer Beziehungsart zu den Kulturen der anderen Kontinente. Die Kirche bezeichnete er als den „großen Katalysator“ der europäischen Kultur.

Wohl nicht allen Erwartungen entsprachen die Referate über die einzelnen sozialen Schichten und ökonomischen Gruppen innerhalb Europas. Das lag wohl nicht an den Vortragenden, die es allerdings vermieden, heiße Eisen zu berühren, sondern an der komplizierten Materie selbst. Die Aussage von Barrère, daß Europa noch zu sehr eine Angelegenheit von Institutionen und Fachleuten sei, fand hier eine deutliche Bestätigung. Aufschlußreich auch für den nichtfranzösischen Beobachter war hingegen das sogenannte „témoignage politique“ am 21. Juli abends unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministerpräsidenten und heutigen Oberbürgermeisters von Straßburg, P. Pflimlin. An diesem politischen Gespräch nahmen mehrere Persönlichkeiten aus der ersten politischen Garnitur Frankreichs, unter ihnen der ehemalige Ministerpräsident R. Plevin, teil. Letzterer versuchte vor allem das gegenwärtige Verhältnis Frankreichs zu Europa durch den Hinweis auf die verschiedenen historisch bedingten „nationalen Komplexe“ zu erklären.

Die Entschlüsse

Aus den umfangreichen Entschlüssen, die am Schluß des letzten Vortrages von dem Präsidenten der Sozialen Wochen verlesen wurden, heben wir hier nur die wesentlichsten Punkte heraus. Sie spiegeln, wenn auch in sehr allgemeiner Form, die in den Vorlesungen und Arbeitskreisen behandelten Problemkreise wider und wiederholen zum Teil in imperativer Form die Aussagen des Referates von Barrère.

Die Sozialen Wochen stellen fest, daß die Einigung Europas auf wirtschaftlichem, politischem, sozialem und kulturellem Gebiet sich mit einer Schnelligkeit vollzieht, die die ersten Erwartungen übersteigt. „Die Einigungsbewegung ist zwar noch nicht weit fortgeschritten, und das Tempo wechselt je nach den Projekten, aber sie ist doch eine geschichtliche Tatsache. Europa ist heute zugleich eine Wirklichkeit, ein Programm und eine Hoffnung. Die Soziale Woche freut sich über die Fortschritte, die durch die Errichtung einer Gemeinschaft der europäischen Völker erreicht sind. Sie entspricht den Wünschen des sozialen Katholizismus und den päpstlichen Richtlinien.“ Der weitere Auf- und Ausbau Europas verlangt den Einsatz aller personalen und sozialen Kräfte. „Bisher war der Aufbau Europas mehr das Werk der Macht der Tatsachen und einiger Pioniere als das Werk aller Europäer, die dazu aufgerufen sind, bewußte und aktive Bürger Europas zu werden. Man muß eine gewisse Gleichgültigkeit beklagen, ein gewisses Zurückbleiben der (öffentlichen) Meinung hinter den Tatsachen.“ Deshalb fordert die Soziale Woche als erstes eine ausreichende Information und For-

mung der öffentlichen Meinung durch die verschiedenen Bewegungen und Organe, die direkt am Aufbau Europas interessiert sind, und vor allem eine entsprechende Ausrichtung des Unterrichts auf allen Schulstufen.

Als zweites fordert die Soziale Woche die Schaffung eines ausgeglichenen Relationsverhältnisses zwischen den einzelnen Faktoren, die beim Aufbau Europas zu berücksichtigen sind. „Die Soziale Woche anerkennt die Bedeutung der Wirtschaft und der Politik im Aufbau Europas. Aber so notwendig die wirtschaftlichen und politischen Institutionen sind, so genügen sie doch nicht für die Schaffung einer europäischen Gemeinschaft. Damit diese den Erfordernissen des ganzen Menschen entsprechen, müssen sie in das Gesamtgefüge eingeordnet werden, das auf den Grundwerten der Kultur und des Geistes aufruhrt...“ Die Europäer müssen sich des Wesens der europäischen Kultur und „der Werte, die sie auszeichnen“, bewußt werden, ein Bewußtwerden, das zugleich zu einer Erneuerung führen soll. „Europa muß nach seinen eigenen Werten suchen, besonders nach den Werten von universaler Bedeutung, weil sie eine geistige Bereicherung für die (gesamte) Menschheit bedeuten. Europa muß aber auch im Rahmen der wechselseitigen Beziehungen zwischen den Kulturen, zu denen die fortschreitende gesellschaftliche Verflechtung verpflichtet, die Werte sichtbar machen, die von außen kommen, zu ihnen Stellung nehmen und sie assimilieren.“

„Unter diesen Voraussetzungen erscheint die europäische Kultur zugleich als gestaltete wie als zu gestaltende, zugleich als Wille zum gemeinsamen Leben und als Fortsetzung einer (gemeinsamen) Vergangenheit.“ Die Soziale Woche drückt die Überzeugung aus, daß ein so verständener europäischer Humanismus ohne Christentum nicht denkbar sei. Zugleich aber betont die Entschließung, daß das Christentum selbst an kein bestimmtes kulturelles Gewand gebunden sei.

Zur Mission Europas gegenüber der übrigen Welt heißt es: „Sie besteht darin, eine Konzeption vom Menschen zu verwirklichen, die sich vom Primat der Kultur und des Geistes leiten läßt.“ Zu dieser Mission gehört auch, daß es zum wirtschaftlichen Ausgleich zwischen wirtschaftlich fortgeschrittenen und Entwicklungsländern nach Maßgabe seiner Kräfte beiträgt. Selbstredend muß dieser Ausgleich auch innerhalb der verschiedenen europäischen Gebiete selbst geschaffen werden.

Zum Phänomen der Wanderarbeiter, das in einem eigenen Arbeitskreis, wenn auch unter ausschließlich französischen Perspektiven, behandelt wurde, heißt es in der Entschließung: „Eine europäische Gemeinschaft muß ein Europa sein, das die Wanderarbeiter nicht auf einen Inferioritätsstatus herabwürdigt, sondern ihnen hilft, den rechten Platz in Wirtschaft und Gesellschaft zu finden.“ Und weiter: „Nichts wäre schädlicher als die Schaffung von benachteiligten Schichten oder Gebieten in Europa. In diese Gefahr gerät man aber trotz der Vorteile für wirtschaftliche Unternehmungen, wenn man sich nicht ständig und sorgfältig davor in acht nimmt.“ Im Verhältnis zu den außereuropäischen Ländern wird ein Europa der offenen Grenzen gewünscht. „Die europäische Gemeinschaft darf kein auf sich selbst beschränktes und sich als Selbstzweck verstehendes Europa sein. Ebenso wie die Volksgemeinschaft stellt Europa kein letztes Ziel dar. Es ist ein Mittel... und eine Etappe sowohl für die Europäer, verstanden als einzelne Personen, wie für die Weltgemeinschaft, nach der diese trachten müssen. Ein in sich ver-

schlossenes Europa müßte notwendig zu den auf nationaler Ebene überwundenen Partikularismen und zur Benachteiligung der übrigen Völker der Welt führen.

Europa braucht innere Strukturen und äußere Grenzen, aber diese Grenzen müssen flexibel bleiben.“

Das Europa der Gegenwart ist von einem geistig-weltanschaulichen Pluralismus gekennzeichnet. „Um sich selbst treu zu bleiben, darf es bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht das Monopol einer einzigen geistigen Richtung werden. Es kann nur das Europa aller geistigen Strömungen sein, die zusammenarbeiten und zugleich in (gegenseitiger) Spannung leben. Die Betonung dieser Notwendigkeit entspringt keinem liberalistischen Indifferentismus, sondern einem gesunden Pluralismus, wie er übrigens in *Mater et magistra* gelobt wird.“

Die Entschließung bekräftigt die Existenz eines spezifisch europäischen Gemeinwohls. Bei dessen Verwirklichung muß aber das Gemeinwohl der einzelnen Länder gebührend berücksichtigt werden. Zugleich muß Europa als integrierender Bestandteil der Weltgemeinschaft angesehen werden, in die es hineinverwoben ist. Die Souveränitätsrechte müssen im Rahmen dieser ergänzenden Hilfeleistung gesehen werden. „Ohne zu den politischen Modalitäten der Organisation Europas Stellung zu nehmen...“, sieht die Soziale Woche die Verwirklichung Europas mit einer bestimmten Konzeption der Staatssouveränität... für unvereinbar an...“ Angesichts der Welt von heute sind die Staaten Europas nicht nur zu einer vertraglichen, sondern auch institutionellen Begrenzung ihrer Souveränität verpflichtet. „Ebenso scheint es notwendig, die Nation als historische, kulturelle und politische Realität vom Staat und noch mehr von Regimen oder Regierungen zu unterscheiden. Es versteht sich von selbst, daß solche Beschränkungen der Souveränität in Etappen vor sich gehen müssen. Die Soziale Woche strebt nach einem Verständnis Europas, das ihrem Thema entspricht: nach einem Europa der Personen und Völker, einem Europa nicht nur für die Personen, die ihre Rechte gegenseitig achten, sondern nach einem Europa durch die Personen, das auf der aktiven Zusammenarbeit aller beruht.“

Als Beitrag zur Verwirklichung eines Europa der Personen und Völker faßt die Resolution einige praktische und unmittelbar realisierbare Ziele ins Auge: die familiäre, soziale und kulturelle Hilfe für die ausländischen Gastarbeiter, die Intensivierung der Beziehungen zwischen den Völkern (besonders unter der Jugend) durch den europäischen Tourismus, die Aufschließung der öffentlichen Meinung durch Verbände und Presse, die Formung von Fachleuten für die Angleichung der europäischen Wirtschaftsräume, europäische Ausrichtung der schulischen und außerschulischen Erziehung und die Errichtung von Patenschaften zwischen europäischen Städten.

Die verfassungsrechtliche Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland

Die wissenschaftliche Diskussion über die verfassungsrechtliche Stellung der religiösen Gemeinschaften, namentlich der christlichen Kirchen, in der Bundesrepublik ist, soweit es die Prinzipien betrifft, zu einer sonst seltenen *communis opinio* gelangt. Die fortbestehenden Meinungsverschiedenheiten haben die Begründung und die Folgerungen aus diesen Prinzipien zum Gegenstand.